

zu TOP

Mainz, 26.04.2018

Anfrage 0790/2018 zur Sitzung am Situation des innerstädtischen Einzelhandels in Mainz (FDP)

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen hat in ihrer Sitzung im April 2017 u.a. beschlossen, „das Einzelhandelskonzept der Stadt Mainz in der vorliegenden Form abzuschaffen“.

Nachdem dieser Beschluss anschließend sehr kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, beauftragte die IHK das Institut für Internationales Handels- und Distributionsmanagement, Worms, mit der Erstellung eines Gutachtens zur „Situation des innerstädtischen Einzelhandels in Mainz“, welches neben dem Thema Handel auch die Themen Parken und Erreichbarkeit der Innenstadt behandelt.. Wie die Medien am 21.4.2018 berichteten, liegt diese Studie nun vor.

Wir fragen an:

1. Wurde der Beschluss der IHK-Vollversammlung, das Einzelhandelskonzept der Stadt Mainz in der vorliegenden Form „abzuschaffen“ durch das Gutachten bekräftigt?
Falls nein, welche abweichende Auffassung vertritt das Gutachten?
2. Welche Aussagen werden im Gutachten zum Zentrenkonzept und dessen Notwendigkeit gemacht?
3. Welche konkreten Handlungsempfehlungen werden in dem Gutachten gemacht?
Wie bewertet die Verwaltung diese Empfehlungen?
4. Welche Aussagen der Studie übernimmt die IHK als eigene Forderungen und welche Aussagen übernimmt sie explizit nicht?
5. Da der stationäre Einzelhandel Hauptprofiteur der Touristen ist, stellt sich die Frage, welche Rolle der Tourismus im Rahmen des Gutachtens einnimmt und wie hier die Beurteilung der Tourismusedwicklung im Zusammenhang mit dem Einzelhandel in Mainz gesehen wird?

6. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung in den letzten Jahren unternommen, um den Einzelhandel direkt oder indirekt zu unterstützen?
Wurden diese Maßnahmen im Gutachten berücksichtigt?

7. Ist es möglich, dass die Verwaltung in Abstimmung mit der IHK für Rheinhausen darauf hin wirkt, dass der Handelsteil der Studie im dafür zuständigen Wirtschaftsausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt wird, damit die Ausschussmitglieder die Inhalte der Studie nicht nur aus den Medien, sondern aus erster Hand bekommen und diese dann diskutieren können?

Walter Koppius
(FDP-Fraktionsvorsitzender)